

Gabor Steingart, Januar 2019: "Flugbereitschaft: Das kleine Staatsversagen"

Gestern verweigerte der Regierungsflieger A340 „Theodor Heuss“ den Start in Addis Abeba. **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier** und seine 55-köpfige Delegation saßen in der Hauptstadt Äthiopiens fest – wegen „Druckluftproblemen“.

Die Kanzlerin kennt das Thema der technologisch bedingten Schrumpfung. Im Dezember musste die „Konrad Adenauer“ auf dem Weg zum G20-Gipfel über dem Ärmelkanal umkehren – **Angela Merkel** blieb nur ein Linienflug mit Iberia nach Buenos Aires. Der Spott der Weltlenker war gesichert: **Murks made in Germany.**

Und im Oktober legten angeblich Nagetiere den Flieger von **Olaf Scholz** auf Bali lahm. Auch Entwicklungsminister **Gerd Müller** blieb neulich auf der Strecke. Die Düsen im Regierungsjet hatten auf seinem Afrikatrip versagt. Müller war gezwungen, sein Einsatzgebiet, den afrikanischen Kontinent, gründlicher zu studieren als ihm recht war.

Steinmeier selbst aber hat seine eigene **Pannenhistorie**, die ihn zum Primus inter pares erhebt: 2014 – damals als Außenminister in Äthiopien – platzte ein Reifen, 2016 auf dem Weg zum G7-Gipfel wartete er in der chinesischen Provinz auf Ersatzteile, in Lettland kam plötzlich ein Cockpitfenster zu Schaden und 2006 musste seine Maschine auf dem Weg zum EU-Lateinamerikagipfel wegen eines Druckabfalls in Wien notlanden.

Die von der Bundeswehr bereitgestellte Untauglichkeit ist inzwischen die neue Normalität. Die deutsche Staatlichkeit, das ist die Nachricht hinter der Meldung, führt der politischen Führung vor aller Welt ihre Dysfunktionalität vor. Die nur bedingt einsatzfähige Regierungsflotte wird so zum Symbol eines politischen Abstieges, der mit dem Boom der Privatwirtschaft auf das Schmerzlichste kontrastiert. Ihre einstigen Privilegien wirken als Selbstbezeichnung auf die politische Klasse zurück. **Der Regierungsflieger, früher ein Flagship Store der Macht, ist zur Ruine des Parteienstaates geworden.**

Womit wir bei **Ursula von der Leyen** wären. Das Versagen unterhält in ihrem Verteidigungsministerium seine Zentrale. Am 14. Februar muss sich die Ministerin vor einem Untersuchungsausschuss verantworten, weil es für sie offenbar kein Leben mehr ohne externe Berater gibt. McKinsey benutzt das Ministerium mittlerweile wie einen Geldautomaten.

Die Berater sind vor allem dann erfindungsreich, wenn es um das Ersinnen von Folgeprojekten geht. Kein Rat darf so gut sein, dass er tatsächlich wirkt. „Der Einfluss der Berater im Verteidigungsministerium ging so weit, dass sie die Anforderungen für Folgeprojekte definierten – und sich so quasi selbst wieder beauftragen konnten“, sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu dem „Tagesspiegel“.

Folgende Arbeitsteilung hatte sich offenbar eingebürgert: Die Armee versagt, der Berater berät und der Steuerzahler zahlt. Die Ministerin ist jetzt beweispflichtig.

Quelle: Steingarts Morning Briefing vom 31.01.2019 (Markierungen im Original!)